

Ernst Breit

Die Wahlprüfsteine 1987

Die Vorgänge um den Verkauf der Neuen Heimat machen es den Gewerkschaften schwer, sich Gehör zu schaffen. Broschüren mit gewerkschaftlichen Forderungen zählen nicht zu den aktuellen Bestsellern. Wenn beinahe jeden Abend eine neue Meldung zur Gemeinwirtschaft über die Bildschirme flimmert, ist es fast unmöglich, die Aufmerksamkeit der Menschen auf Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und Tarifautonomie zu lenken. Das ist eine denkbar günstige Konstellation für die konservativ-liberale Regierung: Sie kann es sich erlauben, gewerkschaftliche Forderungen unter Hinweis auf Unzulänglichkeiten der Gewerkschaften abzutun.

Ich bin weit davon entfernt, die Fehler und Fehleinschätzungen zu leugnen, die von den Handelnden im gemeinwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich in den vergangenen Wochen gemacht worden sind. Aber das kann mich nicht an der Feststellung hindern, daß die Bundesregierung, daß Länderregierungen und Banken in der Zeit vor dem Verkauf der Neuen Heimat an Horst Schiesser nicht konstruktiv an einer Lösung des Problemfalls Neue Heimat mitgearbeitet haben.

Nicht von ungefähr war das Unternehmen Neue Heimat über Jahre und Jahrzehnte eine „gute Adresse“ - Kommunen und Länder, Banken und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten gern und gut mit ihm zusammen. Seine Leistungen waren allgemein anerkannt. Insofern kann man die Neue Heimat durchaus in einem Atemzug etwa mit AEG, Krupp und Arbed Saarstahl nennen. Als diese Unternehmen in ökonomische Schwierigkeiten gerieten ist ihnen, übrigens völlig zu Recht, öffentliche Hilfe zugute gekommen. Im Fall Neue Heimat ist das nicht geschehen - unter Hinweis auf die angeblich so begüterten Gewerkschaften. Hinsichtlich der Besitzer anderer Unternehmen in ähnlicher Situation sind derartige Erwägungen nach meiner Erinnerung nicht angestellt worden. Das Fazit aus diesen Überlegungen kann nur lauten,

daß es den konservativ-liberalen Regierungen nicht darum zu tun war mitzuhelfen, daß ein Unternehmen aus der ökonomischen Schieflage kommt, sondern darum, die Gewerkschaften vorzuführen: als unfähige Unternehmer und als Verräter an eigenen Prinzipien. Das ist - nicht ohne unsere eigene Schuld - wohl gelungen.

Der DGB ist in die vielleicht schwerste Belastungs- und Bewährungsprobe seit 1945 geraten. Bei seinen Bemühungen, diese Lage zu bewältigen, braucht der DGB die Unterstützung und die tätige Mitarbeit aller Gewerkschaften, aller Funktionäre, aller Mitglieder ebenso wie die aus politischen Parteien und von staatlichen Instanzen. Ich hoffe darauf, daß auch diesmal die Substanz der Einheitsgewerkschaft nicht von Verlockungen gefährdet wird, die Gewerkschaften aus dem gesellschaftlichen Konsens hinauszudrängen.

Alle jene, die in diesem Sinne mittun wollen, sind aufgefordert, konstruktive Beiträge zu grundlegenden Fragen und Problemen zu leisten, zum Beispiel:

- Wie sind Rolle und Zweck gewerkschaftlicher Gemeinwirtschaft neu zu definieren?
- Welche Aufgaben haben die Gewerkschaften in gewandelten Industriegesellschaften, in denen es mehr Angestellte als Arbeiter gibt, in denen viele Menschen mehr Freizeit haben als früher, in denen mehr Menschen individuelle Gestaltungsspielräume haben als früher?
- Wie sind die Kommunikationswege und die Verbindungen zwischen Mitgliedern, Funktionären und Führung so zu gestalten, daß sie einerseits effektiv und schnell sind, daß andererseits der solidarische Zusammenhalt nicht in Frage gestellt ist?

Wer die gewerkschaftlichen Diskussionen verfolgt hat und wer gewerkschaftliche Publikationen kennt, weiß, daß derartige Fragen für uns nicht neu sind; nach dem Fall der Neuen Heimat stellen sie sich allerdings dringlicher denn je.

Nicht erst seit der Affäre um die Neue Heimat sehen sich die Gewerkschaften dem Vorwurf ausgesetzt, sie hätten die falschen Antworten auf die drängenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen, sie hätten nur überkommene Rezepte gegen die aktuellen ökonomischen und sozialen Herausforderungen anzubieten, ja sie seien im heraufziehenden „nachindustriellen“ Zeitalter sogar überflüssig und fehl am Platz. Ganz abgesehen davon, daß bei vielen, die derartige „Argumente“ in die Welt setzen, der Wunsch der Vater des Gedankens sein dürfte, scheinen mir auch bei den ernsthaften Verfechtern dieser Thesen deren Absicherung im Tatsächlichen eher zweifelhaft. Zwei Fragen mögen meine Bedenken illustrieren: Wo sind die Belege dafür, daß Arbeitnehmer in einer „nachindustriellen“ Gesellschaft weniger *abhängig* sind als Arbeitnehmer es bisher sind beziehungsweise waren? Was spricht dafür, daß sich der Großteil der Arbeitnehmer etwa in Fragen des Lohnes und der Arbeitsbedingungen in Zukunft *einzel*n gegenüber dem Arbeitgeber besser wird durchsetzen können?

In einer Zeit, als es noch keine schlagkräftig organisierten Gewerkschaften gab, verstanden und fühlten sich viele der handwerklich Ausgebildeten, die in den ersten größeren Industriebetrieben arbeiteten, auch vielfach nicht als abhängig Beschäftigte. Sie waren es dennoch, und die Weitsichtigsten von ihnen erkannten bald die Kraft der Solidarität und warben für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

In einer Zeit, als es noch keine schlagkräftig organisierten Gewerkschaften gab, stand der Arbeitnehmer dem Unternehmer und Arbeitgeber nicht zuletzt bei der Lohnfestlegung einzeln gegenüber. Daß das Prinzip des Einzelarbeitsvertrages von Vorteil für die Arbeiter gewesen wäre oder gar gesellschaftspolitische Gestaltungskraft entfaltet hätte, wissen die Historiker nicht zu berichten: Vielmehr war es eine Zeit der Ausbeutung und des Elends von Arbeitern und ihren Familien. Ich halte nichts von leichtfertigen historischen Vergleichen; Geschichte wiederholt sich nicht. Aber in diesem Fall erscheint es mir dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß High-tech-Glanz, daß Effizienz und Sauberkeit neuer Technologien gepaart werden sollen mit arbeitsvertraglichen und gewerkschaftlichen Strukturen der Frühindustrialisierung. Mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten im Arbeitsleben wie in der Freizeit, mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und beim Einsatz neuer Technologien, nützliche und entlastende Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, Arbeitszeitverkürzungen - all das läßt sich in Formen, die der Mehrheit der Arbeitnehmer zugute kommen nur dann durchsetzen und stabilisieren, wenn die gewerkschaftliche Solidarität dahintersteht. Man muß kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß - wenn zum Beispiel die Sicherheiten kollektiver Tarifverträge und kollektiver sozialer Systeme weggebrochen werden - den Arbeitnehmern keineswegs die Freuden ungezügelter Individualität, Flexibilität und Unabhängigkeit winken: In einem System, in dem jeder auf sein Durchsetzungsvermögen, seine Finanzkraft, auf stete gesundheitliche Bestform angewiesen ist, werden Rücksichtslosigkeit, Konkurrenzkampf und soziale Kälte die gesellschaftlichen Leitmotive sein müssen.

Dagegen allerdings setzen die Gewerkschaften ihre klassischen Werte und dagegen werden sie Errungenschaften wie Tarifautonomie und Sozialstaatlichkeit bis zum äußersten verteidigen. Das heißt selbstverständlich nicht, daß nicht etablierte, zum Teil veraltete Strukturen reformiert, flexibilisiert, angepaßt werden müßten und könnten. Die Gewerkschaften sind die letzten, die sich dagegen sträuben. Bester Beweis dafür sind unsere Wahlprüfsteine.

Umweltschutz und Arbeit

Das Reaktorunglück von Tschernobyl und der Brand bei der Chemiefirma Sandoz mit seinen verheerenden Folgen für den Rhein haben erneut dramatisch klargemacht: Ohne ein gangbares und machbares Konzept zur Bewahrung, Schonung und Wiederherstellung der Natur als der Lebensgrundlage des Menschen und einer Existenzbedingung auch von Ökonomie kann der Weg in die Zukunft ein Weg in die Katastrophe werden. Die Warnzeichen

mehren sich dramatisch und können nicht länger übersehen werden. Es sind insbesondere Konservative - also im ursprünglichen Sinne „Bewahrende“ -, die diese Hinweise als den Kulturpessimismus derer abtun, die die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätten. Sie schwadronieren dagegen von einer schönen neuen Welt, in der Hochtechnologien, neue Medien und Freizeitspaß aller Art kombiniert sind mit Freiheitssinn, Heimatgefühl, Vaterlandsliebe, Pflichtbewußtsein, Zucht und Ordnung und - natürlich - der rechten Hochachtung und dem richtigen Ort für die Elite. Sie haben nichts verstanden und nichts gelernt! Bevor sich in einer nachindustriellen Phase der Gesellschaftsentwicklung die Flüsse und das Grundwasser selbst regeneriert haben werden oder mit den Wundermitteln der Biotechnologie gesäubert sein werden, lautet eine schlichte Frage: Wie kann - bei einer Chemieproduktion wie in Westeuropa, insonderheit in der Nähe des Rheins - auf Dauer die Versorgung großer Teile der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser sichergestellt werden? Und eine andere Frage heißt: Wie kann, bei einer Anhäufung von Atomkraftwerken in einem so dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik, in jeder Situation die Gesundheit der Bevölkerung garantiert werden? Und wie ist in den nächsten Jahrzehnten eine optimale Energieversorgung zu gewährleisten - bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen, Sicherung der Gesundheit und in Verantwortung für kommende Generationen. Derartig existenzielle und ernste Fragestellungen als Ausgeburt eines modischen Kulturpessimismus abzutun, zeugt schon fast von Menschenverachtung, jedenfalls aber von satter Machtgewißheit.

Verstärkte und gezielte Anstrengungen zum Umweltschutz würden nach unserer Überzeugung nicht nur qualitatives Wachstum fördern, dadurch ließen sich auch Arbeitsplätze schaffen. Nach den jüngsten Vorfällen am Rhein müßte auch dem letzten klargeworden sein, daß wirksame Maßnahmen zur Reinigung und zur Reinerhaltung der Gewässer zwingend geboten sind.

Das Argument, die dafür notwendigen finanziellen Mittel stünden nicht zur Verfügung, zieht heute nicht mehr. Geld ist ausreichend vorhanden, es müßte nur besser ausgegeben werden. Wenn die jetzigen Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP das von uns geforderte Investitionsprogramm für mehr Arbeit, bessere Umwelt und Lebensqualität für nicht finanzierbar halten, so müssen sie sich fragen lassen, warum sie etwa mit der für 1988 geplanten zweiten Stufe der Steuerreform an ihrer Politik gezielter Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft festhalten. Diese hat nicht nur seit 1982 zu einem Steuerausfall von knapp 20 Milliarden DM geführt - Steuern, die für soziale und ökologische Investitionen hätten verwendet werden können -, sie hat überdies die Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben.

Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat der DGB-Bundeskongreß im Mai 1986 einen Beschluß gefaßt, der den behutsamen Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht. Angesichts eines wohl nicht zu beherrschenden Sicherheitsrisikos und der damit verbundenen Gefahren dieser Form von Energiegewinnung für die Gesundheit von Millionen Menschen, aber ins-

besondere auch für die kommenden Generationen, ist dieser Weg notwendig. Der Ausstieg aus der Kernenergie würde übrigens per saldo sogar zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, weil hier ein kapitalintensives Energiesystem zugunsten arbeitsintensiver Systeme aufgegeben würde. Ich bin mir bewußt, daß auch alle anderen zur Zeit möglichen Wege Risiken und Gefahren bergen und daß ein Ausstieg aus der Kernenergie auch den Verlust von bestimmten Arbeitsplätzen nach sich zieht. Die Gewerkschaften würden ihrer Aufgabe nicht gerecht, wenn sie nicht auch die Interessen jener Arbeitnehmer bedächten und verträten, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Allerdings sollten wir uns auch nicht durch Horrorszenarien schrecken lassen, die vorausagen, die Wirtschaft würde zusammenbrechen, wenn wir langfristig auf die Kernenergie verzichteten. Alles spricht dafür, daß bei einem geordneten und geplanten Ausstieg auch das Arbeitsplatzproblem so lösbar ist, daß die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zustimmen und mitmachen können.

Kürzere Arbeitszeiten

Immer wenn Gewerkschaften kürzere Arbeitszeiten gefordert haben, sagten ihre Gegner den Kollaps der Wirtschaft als unausbleibliche Folge voraus. Das hörte sich vor hundert Jahren genauso an wie 1984, als die Gewerkschaften einen harten Kampf um die 35-Stunden-Woche und um Vorruhestandsregelungen bestanden haben. Seitdem für viele Arbeitnehmer die 38,5-Stunden-Woche gilt und viele früher in die Rente gehen können, ist die Wirtschaft keineswegs zusammengebrochen; vielmehr sind die Unternehmensgewinne geradezu explodiert.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden hat rund 150 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen. Das ist angesichts von nach wie vor mehr als zwei Millionen Arbeitslosen nicht genug - aber es war dennoch der bisher größte Beitrag gegen die Massenarbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften werden den Kampf um Arbeitszeitverkürzungen verstärkt fortsetzen - zumal jedenfalls von einer konservativ-liberalen Regierung keine wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten sind. Diese Tatenlosigkeit ist ebenso skandalös wie die Tatsache, daß immer noch ein Arbeitszeitgesetz aus dem Jahr 1938 gilt. Hier sind ebenso gesetzgeberische Schritte notwendig wie bei der Begrenzung der Mehrarbeit.

Technischer Wandel

Die Zukunftsperspektiven, die neue Technologien wie Mikroelektronik, Kommunikationstechniken und Gentechnik bieten, versetzen manchen Politiker in Euphorie. Auch die Gewerkschaften sehen die Entwicklungschancen durchaus; wir verkennen allerdings auch nicht die Risiken.

Die Konsequenz aus dieser Zwiesichtigkeit heißt: den technischen Wandel sozial gestalten. Die betroffenen Arbeitnehmer müssen von Anfang an

über den Einsatz, den Betrieb und die Folgen neuer Techniken mitentscheiden.

Dieses für die Gegenwart und die nahe Zukunft höchst aktuelle Beispiel demonstriert, wie unverändert wichtig Mitbestimmung für die Arbeitnehmer ist, ja daß sie sogar wichtiger ist denn je.

Es verwundert nicht, daß die Schwächephase der Gewerkschaften auch dazu genutzt wird, um massiv gegen Idee und Praxis der Mitbestimmung anzugreifen. Diese Strategie wird sich spätestens dann als kurzfristig und schädlich erweisen, wenn sich herausstellt, daß Arbeitnehmer Rationalisierungen und die Einführung neuer Technologien in den Betrieben nicht mittragen und akzeptieren. Ich erinnere erneut daran, daß der grundlegende Strukturwandel bei Kohle und Stahl nicht ohne große soziale Verwerfungen abgegangen wäre, wenn es die Montanmitbestimmung nicht gegeben hätte. Ich erwarte, daß sich auch die CDU/CSU, zumindest ihre Sozialausschüsse, an ihre programmatische Mitbestimmungstradition erinnern - und sie in ihrem Handeln befolgen! -, wenn es in der kommenden Legislaturperiode um den Erhalt der Montanmitbestimmung und den Ausbau der Mitbestimmung geht.

Sieht man sich die Änderungsvorschläge der Regierungskoalition zum Betriebsverfassungs- und Bundespersonalvertretungsgesetz an, bekommt man Zweifel an der gewerkschaftspolitischen Kontinuität der Unionsparteien und an ihrem Willen, einheitliche und aktionsfähige Gewerkschaften, starke und effiziente Betriebsvertretungen gesetzlich zu sichern.

Die Absichten zielen vielmehr darauf ab, betriebliche Partikularinteressen und Egoismen nicht nur zu fördern, sondern bis hinein in die Betriebs- und Personalräte zu transportieren sowie Privilegierte mit Sonderrechten auszustatten. Das wird zu „Weimarer Verhältnissen“ in den Betrieben führen - politische Gruppen und Grüppchen werden sich in unrealistischen bis radikalen Forderungen zu überbieten trachten. Gruppenegoismen, Streit und überflüssiger Konflikt werden in Betrieben und Verwaltungen Einzug halten.

Soziale Sicherheit

Eine Erosion des Bewährten scheinen Konservative und Liberale insgesamt als probates gesellschaftspolitisches Instrument anzusehen. Mehr und mehr werden die Arbeitsverhältnisse ins Rutschen gebracht: die unbefristete Anstellung, der Kündigungsschutz, der besondere Schutz für Behinderte, Frauen und Jugendliche - all das wird durchlöchert oder gar beseitigt. Befristete Jobs ohne Versicherungsschutz, Arbeit auf Abruf und Leiharbeit werden dagegen als Segnungen der Flexibilität und der modernen Zeit gepriesen. Viele Betroffene wissen, daß diese „Lockerungsübungen“ ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Auch im Hinblick auf die Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie auf das Gesundheitswesen gibt es Ansätze und Pläne, die die Solidarfunktion

dieser Systeme auflösen und den Arbeitnehmern zusätzliche Risiken auferlegen würden. Auch von diesen Abbruchvorhaben wird mit wohlklingenden Vokabeln wie Individualisierung und Flexibilisierung abgelenkt.

Tarifautonomie/Gewerkschaften

In ein Konzept, das Egoismus und Zersplitterung, Konkurrenzkampf und Ellenbogenfreiheit zu Leitsternen erhebt, passen starke und einheitliche Gewerkschaften, passen Arbeitnehmer, die solidarisch für ihre Rechte kämpfen, nicht hinein. Mit der Änderung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz ist ein Hebel angesetzt worden, mit dem die Streikfähigkeit und die Bereitschaft zur Solidarität aus den Angeln gehoben werden sollen. Auch das Trommelfeuer gegen die Gewerkschaften, das im Zusammenhang mit der Neue-Heimat-Affäre eröffnet wurde, zielt auf den Zusammenhalt: Es soll ein Keil zwischen Funktionäre und Mitglieder, zwischen Führung und Basis getrieben werden. Bei allem Eingeständnis eigener Fehler darf man diese Absicht, die gut in das Gesamtkonzept der Gewerkschaftsgegner paßt, nicht aus dem Auge verlieren. Es wird nicht einfach sein, unter diesem belastenden Druck die gewerkschaftliche Solidarität zu sichern und die Einheitsgewerkschaft zu stabilisieren. Aber es ist eine große gemeinsame Anstrengung wert, dieses Ziel gegen alle Widrigkeiten zu erreichen. Und auch jene, die die Gewerkschaften am liebsten ins Abseits schieben wollen, sollten sich überlegen, welche Alternativen sie damit heraufbeschwören.

Frieden

Der soziale Frieden ist keine Bringschuld der Gewerkschaften. Er ist nur erreichbar, wenn die Spielregeln gewahrt werden: Kompromißfähigkeit, gegenseitiger Respekt, gesellschaftlicher Ausgleich. Wer den Gewerkschaften, wer den Arbeitnehmern den Schneid abkaufen, sie gar demütigen will, darf nicht damit rechnen, daß sie geduckt auf die nächsten Streiche warten.

Auch für den äußeren Frieden gilt, daß er ganz wesentlich auf der gegenseitigen Achtung und der Anerkennung der Weltmächte beruht. Die Bundesregierung muß ihren Teil dazu beitragen, daß die Entspannungspolitik zwischen Ost und West vorangetrieben wird. Sie darf nicht leichtfertig durch Verunglimpfungen und durch Aufbau von Feindbildern gefährdet und durch Selbstgerechtigkeit aufs Spiel gesetzt werden.

Vormachtstreben und Hegemonialphantasien machen den Frieden unsicherer. Deshalb lehnen wir die amerikanischen Pläne eines Waffensystems im Weltall ab. Sie werden zu einer fatalen weiteren Drehung der Rüstungsspirale führen. Nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Die Ausgaben für Rüstung und Waffen müssen endlich drastisch reduziert werden; die verwerflichen Rüstungsexporte müssen eingeschränkt werden. Die Dritte Welt braucht unsere Hilfe - und nicht unsere Waffen.

Frieden zwischen den Völkern und sozialer Frieden, freie und streikfähige Gewerkschaften, gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse, Mitbestimmung, soziale Gestaltung des technischen Wandels, kürzere Arbeitszeit, mehr öffentliche Initiativen für Arbeit, Umwelt und Lebensqualität - das sind unsere Forderungen an die Politiker vor den Bundestagswahlen 1987. Die Arbeitnehmer sind aufgefordert, die Parteien an diesem Maßstab zu messen. Die Wähler haben die Entscheidung.